

# Own Germany Standortfonds (AT0000A1Z882)

Ein Aktienfonds der Spängler IQAM Invest GmbH

## Besteuerungsgrundlagen 2020 für deutsche Anleger

### Inhaltsverzeichnis

1. Factsheet – Überblick über steuerpflichtige Einkünfte in 2020.....	2
2. Factsheet – Überblick über steuerpflichtige Einkünfte in 2019.....	3
3. Factsheet – Überblick über steuerpflichtige Einkünfte in 2018.....	4
4. Laufende Investorserträge (Ausschüttungen, Vorabpauschale).....	5
5. Teilfreistellung für Aktienfonds – Abzugsverbot für betriebliche Anleger .....	7
6. Veräußerung .....	8

### Disclaimer:

Die Ausführungen enthalten ausschließlich Informationen über die Besteuerung von Investmentfondserträgen auf Ebene des in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Anteilinhabers. Sie stellen keine individuelle Steuerberatung dar, sondern sind als Überblick über die steuerliche Behandlung der Investmentfondserträge auf Ebene des Anteilinhabers zu verstehen. Bezüglich der konkreten Auswirkungen auf die individuelle steuerliche Situation der Anteilinhaber/in wird empfohlen, sich mit seinem/seiner Steuerberater/in abzustimmen.

Die Ausführungen basieren auf der aktuell gültigen Rechtslage (Stand: Juli 2019). Wir weisen darauf hin, dass es durch eine Änderung der Finanzverwaltungspraxis und/oder der höchstgerichtlichen Rechtsprechung zu einer anderen Auslegung der maßgebenden Bestimmungen kommen kann, wofür wir keine Haftung übernehmen.

## 1. Factsheet – Überblick über steuerpflichtige Einkünfte in 2020

Im Kalenderjahr 2020 sind folgende Einkünfte ertragsteuerlich von Relevanz, wenn Sie Anteile am Own Germany Standortfonds (AT0000A1Z882) gehalten haben:

<p><b>Ausschüttung am 15.12.2020:</b></p> <p><b>Davon sind aufgrund der anzuwendenden Teilfreistellung steuerpflichtig bei</b>  Privatanlegern  betrieblichen Anlegern (EStG)  betrieblichen Anlegern (KStG)</p>	<p><b>1,1000 EUR</b></p> <p>0,7700 EUR  0,4400 EUR  0,2200 EUR</p> <p>Weiterführende Informationen erhalten Sie in Pkt 4 und 5.</p>
<p><b>Vorabpauschale am 02.01.2020:</b></p> <p><b>Davon sind aufgrund der anzuwendenden Teilfreistellung steuerpflichtig bei</b>  Privatanlegern  betrieblichen Anlegern (EStG)  betrieblichen Anlegern (KStG)</p>	<p><b>0,0000 EUR</b></p> <p>0,0000 EUR  0,0000 EUR  0,0000 EUR</p> <p>Weiterführende Informationen zur Berechnung der Vorabpauschale erhalten Sie in Pkt 4 und 5.</p>
<p><b>Veräußerung:</b></p>	<p>Haben Sie im Kalenderjahr 2018 Anteilscheine am <b>Own Germany Standortfonds</b> (AT0000A1Z882) <b>veräußert</b>, so unterliegt auch das erzielte Veräußerungsergebnis der Besteuerung.</p> <p>Beachten Sie bitte die Ausführungen zur Ermittlung des Veräußerungsergebnisses in Pkt 6.</p>

## 2. Factsheet – Überblick über steuerpflichtige Einkünfte in 2019

Im Kalenderjahr 2019 sind folgende Einkünfte ertragsteuerlich von Relevanz, wenn Sie Anteile am Own Germany Standortfonds (AT0000A1Z882) gehalten haben:

<p><b>Ausschüttung am 16.12.2019:</b></p> <p><b>Davon sind aufgrund der anzuwendenden Teilfreistellung steuerpflichtig bei</b>  Privatanlegern  betrieblichen Anlegern (EStG)  betrieblichen Anlegern (KStG)</p>	<p><b>1,6100 EUR</b></p> <p>1,1270 EUR  0,6440 EUR  0,3220 EUR</p> <p>Weiterführende Informationen erhalten Sie in Pkt 4 und 5.</p>
<p><b>Vorabpauschale:</b></p> <p><b>Davon sind aufgrund der anzuwendenden Teilfreistellung steuerpflichtig bei</b>  Privatanlegern  betrieblichen Anlegern (EStG)  betrieblichen Anlegern (KStG)</p>	<p><b>0,0000 EUR</b></p> <p>0,0000 EUR  0,0000 EUR  0,0000 EUR</p> <p>Weiterführende Informationen zur Berechnung der Vorabpauschale erhalten Sie in Pkt 4 und 5.</p>
<p><b>Veräußerung:</b></p>	<p>Haben Sie im Kalenderjahr 2018 Anteilscheine am <b>Own Germany Standortfonds</b> (AT0000A1Z882) <b>veräußert</b>, so unterliegt auch das erzielte Veräußerungsergebnis der Besteuerung.</p> <p>Beachten Sie bitte die Ausführungen zur Ermittlung des Veräußerungsergebnisses in Pkt 6.</p>

### 3. Factsheet – Überblick über steuerpflichtige Einkünfte in 2018

Im Kalenderjahr 2018 sind folgende Einkünfte ertragsteuerlich von Relevanz, wenn Sie Anteile am Own Germany Standortfonds (AT0000A1Z882) gehalten haben:

<p><b>Ausschüttung am 17.12.2018:</b></p> <p><b>Davon sind aufgrund der anzuwendenden Teilfreistellung steuerpflichtig bei</b>  Privatanlegern  betrieblichen Anlegern (EStG)  betrieblichen Anlegern (KStG)</p>	<p><b>1,3900 EUR</b></p> <p>0,9730 EUR  0,5560 EUR  0,2780 EUR</p> <p>Weiterführende Informationen erhalten Sie in Pkt 4 und 5.</p>
<p><b>Vorabpauschale:</b></p> <p><b>Davon sind aufgrund der anzuwendenden Teilfreistellung steuerpflichtig bei</b>  Privatanlegern  betrieblichen Anlegern (EStG)  betrieblichen Anlegern (KStG)</p>	<p><b>0,0000 EUR</b></p> <p>0,0000 EUR  0,0000 EUR  0,0000 EUR</p> <p>Weiterführende Informationen zur Berechnung der Vorabpauschale erhalten Sie in Pkt 4 und 5.</p>
<p><b>Veräußerung:</b></p>	<p>Haben Sie Anteilscheine am <b>Own Germany Standortfonds</b> (AT0000A1Z882) <b>veräußert</b>, so unterliegt auch das erzielte Veräußerungsergebnis der Besteuerung.</p> <p>Beachten Sie bitte die Ausführungen zur Ermittlung des Veräußerungsergebnisses in Pkt 6.</p>

## 4. Laufende Investmenterträge (Ausschüttungen, Vorabpauschale)

Zu den laufenden steuerpflichtigen Investmenterträgen eines Anlegers (§ 16 Absatz 1 deutsches InvStG) zählen **Ausschüttungen** eines Investmentfonds und die **Vorabpauschale**. Sofern eine zum Steuerabzug verpflichtete Stelle diese Erträge gutschreibt, unterliegen Ausschüttungen und die Vorabpauschale grundsätzlich dem deutschen KESt-Abzug (§ 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 EStG). Eine Teilfreistellung wegen Erreichen der Beteiligungsquote von mehr als 50 % (dh dazu Pkt 2) wird dabei von der abzugsverpflichteten Stelle berücksichtigt, da die **Anlagebedingungen** (Prospekt) hinreichende Aussagen zum Erreichen der Kapitalbeteiligungsquote enthalten. Erfolgt keine Berücksichtigung im Rahmen des KESt-Abzug, kann der Anleger das Erreichen der Kapitalbeteiligungsquote im Rahmen der Veranlagung nachweisen. Bei Auslandsverwahrung sind die Investmenterträge mangels KESt-Abzug jedenfalls im Rahmen der Veranlagung zu erklären. In diesem Fall sind die nachfolgend angeführten Beträge pro Investmentanteil mit den gehaltenen Anteilen zu multiplizieren und in die Veranlagung aufzunehmen. Bei Ausschüttungen ist dabei auf den Ex-Tag und bei der Vorabpauschale auf den Bestand zum Ende des der Veranlagung vorangegangenen Kalenderjahres abzustellen.

### Ausschüttungen:

*Im Kalenderjahr 2020 wurde durch den Own Germany Standortfonds (AT0000A1Z882) am 15.12.2020 eine Ausschüttung von 1,1000 EUR pro Anteil vorgenommen (zum Teilfreistellungssatz siehe unten).*

### Vorabpauschale:

Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen eines Investmentfonds innerhalb eines Kalenderjahres den Basisertrag für dieses Kalenderjahr unterschreiten. Der Basisertrag wird dabei zwecks Berücksichtigung pauschaler Werbungskosten durch Multiplikation des Rücknahmepreises des Investmentanteils zu Beginn des Kalenderjahres mit 70 % des Basiszinses ermittelt (§ 18 Absatz 1 Satz 2 InvStG). Bei unterjähriger Neuauflage eines Investmentfonds ist der erste festgesetzte Rücknahmepreis heranzuziehen. Wie bei der Auflage ist bei unterjährigem Erwerb der Investmentanteile zu beachten, dass sich die Vorabpauschale um ein Zwölftel für jeden vollen Monat, der dem Monat des Erwerbs vorangeht, vermindert (zB würde sich bei einem Erwerb im Dezember die Vorabpauschale um 11/12 mindern).

*Der von der Deutschen Bundesbank auf den ersten Börsentag 2019 errechnete Basiszins beträgt 0,52 Prozent, der um die Werbungskosten bereinigte Basiszins somit 0,364 Prozent (70%). Bei einem Rücknahmepreis des Fonds am Jahresanfang von 87,02 EUR ergibt sich ein Basisertrag von 0,3168 EUR pro Anteil.*

Allerdings ist zu beachten, dass der errechnete Basisertrag auf den Mehrbetrag begrenzt ist, der sich zwischen dem ersten und dem letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreis zuzüglich der Ausschüttungen innerhalb des Kalenderjahres (= Wertobergrenze für die Vorabpauschale) ergibt. Von dieser Wertobergrenze sind die (steuerpflichtigen) Ausschüttungen des Kalenderjahres abzuziehen.

<i>Wert des Investmentfondsanteils am Jahresanfang 2019:</i>	<i>87,02 EUR</i>
<i>Wert des Investmentfondsanteils am Jahresende 2019:</i>	<i>108,80 EUR</i>

*Die Wertsteigerung im Kalenderjahr 2019 betrug 21,7800 EUR und die Ausschüttung in 2019 1,6100 EUR, der Mehrbetrag betrug somit in Summe 23,3900 EUR. Da dieser Wert höher als der errechnete Basisertrag von 0,3168 EUR ist, wird der Basisertrag nicht begrenzt. Für die Berechnung der Vorabpauschale ist somit vom errechneten Basisertrag auszugehen und sind davon die (steuerpflichtigen) Ausschüttungen des Kalenderjahres 2019 iHv 1,6100 EUR abzuziehen. Da die Ausschüttungen den Basisertrag übersteigen, ergibt sich für das Kalenderjahr 2019 keine Vorabpauschale.*

Die Wertentwicklung im Kalenderjahr 2019 ist deshalb von Bedeutung, da die Vorabpauschale nicht in dem Kalenderjahr zufließt, für das sie berechnet wird, sondern gilt sie erst am ersten Werktag des folgenden Kalenderjahres als zugeflossen (§ 18 Abs. 3 InvStG). Die Berechnung der am 2. Januar 2020 zufließenden Vorabpauschale erfolgt daher anhand der Werte des Kalenderjahres 2019.

*Die Anteilinhaber des Own Germany Standortfonds (AT0000A1Z882) müssen daher im Kalenderjahr 2020 keine Vorabpauschale ansetzen.*

**Anzuwendender Teilfreistellungssatz:**

Da es sich beim Own Germany Standortfonds (AT0000A1Z882) um einen **Aktienfonds** iSd § 2 Abs 6 InvStG handelt, erfolgt eine Berücksichtigung des Teilfreistellungssatzes beim deutschen KEST-Abzug, wenn die Anteile bei einer zum Steuerabzug verpflichteten Stelle verwahrt werden. Bei Auslandsverwahrung sind die Investorserträge unter Berücksichtigung des anzuwendenden Teilfreistellungssatzes im Rahmen der Veranlagung zu erklären. Der Teilfreistellungssatz beträgt bei Privatanlegern 30 %, bei betrieblichen Anlegern (natürliche Person) 60 % und bei Körperschaften 80 %.

*Beim Privatanleger ist die Ausschüttung von 1,1000 EUR zu 30 % steuerfrei und unterliegt nur ein Betrag von 0,7700 EUR der Besteuerung. Bei natürlichen Personen, die ihre Anteile im BV halten, ist ein Betrag von 0,4400 EUR anzusetzen (60 % steuerfrei) und beim körperschaftsteuerpflichtigen Anleger 0,2200 EUR (80 % steuerfrei).*

## 5. Teilfreistellung für Aktienfonds – Abzugsverbot für betriebliche Anleger

Ein Investmentfonds qualifiziert sich als **Aktienfonds**, wenn er nach seinen Anlagebedingungen (zB Prospekt) fortlaufend mehr als 50 % seines Vermögens in Kapitalbeteiligungen (im Wesentlichen börsennotierte Aktien) investiert. Nicht begünstigt sind ua Finanzderivate, die die Wertentwicklung von Kapitalbeteiligungen synthetisch nachbilden, Anteile an REIT's und Hinterlegungsscheine (sog. *Depositary Receipts* auf Aktien [ADR]). Unbeachtlich ist es hingegen, wenn der Aktienfonds das Wertänderungsrisiko aus den gehaltenen Kapitalbeteiligungen absichert. Denn Sicherungsgeschäfte haben keine Auswirkung auf die steuerliche Belastung der laufenden Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen.

Wesentlich für die Einstufung als Aktienfonds ist, dass der Investmentfonds „fortlaufend“, dh durchgehend mehr als 50 % seines Vermögens in Kapitalbeteiligungen investiert.

Die als **Teilfreistellung** bezeichnete **Steuerbefreiung** für Aktienfonds ist auf alle in § 16 Abs. 1 InvStG genannten Arten von Investmenterträgen anzuwenden. Neben der **Ausschüttung** sind daher auch die **Vorabpauschale** und der **Gewinn aus der Veräußerung eines Fondsanteiles** teilweise von der Einkommen- bzw Körperschaftsteuer befreit. Bei Privatanlegern beträgt die Teilfreistellung 30 %, bei betrieblichen Anlegern (natürliche Person) 60 % und bei Körperschaften 80 %. Die Teilfreistellung ist gleichermaßen anzuwenden, wenn negative Erträge, dh Veräußerungsverluste erzielt werden.

§ 21 InvStG überträgt den Rechtsgedanken des § 3c Abs. 2 EStG auf das Teilfreistellungsverfahren für Investmentfonds. Bei betrieblichen Anlegern und bei Körperschaften führt die Regelung daher zu einer **anteiligen Kürzung** der mit dem Halten von Aktien-, Misch- oder Immobilienfonds in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden **Ausgaben** im Umfang des jeweils anwendbaren Teilfreistellungssatzes. Die nicht abziehbaren Ausgaben nach § 21 InvStG sind bei der Ermittlung des Gewerbeertrags nur zur Hälfte zu berücksichtigen. Dies entspricht einer sinngemäßen Anwendung des § 20 Abs. 5 InvStG.

Bei **Privatanlegern** hat § 21 InvStG aufgrund der Pauschalierung der Werbungskosten nach § 20 Abs. 9 EStG (Sparer-Pauschbetrag) **keine Relevanz**.

*Da der Own Germany Standortfonds (AT0000A1Z882) nach den Anlagevorgaben (Prospekt) fortlaufend mehr als 50 % seines Vermögens in Kapitalbeteiligungen iSd § 2 Abs 8 InvStG investiert, handelt es sich um einen Aktienfonds iSd § 2 Abs 6 InvStG (eine formelle Bestätigung finden Sie als gesondertes Dokument). Sofern die Anteilscheine am Own Germany Standortfonds bei einer zum deutschen KESt-Abzug verpflichteten Stelle verwahrt werden, wird der für Aktienfonds geltende Teilfreistellungssatz (§ 20 Abs 1 InvStG) beim vorzunehmenden Steuerabzug auf die Investmenterträge (Ausschüttungen, Vorabpauschalen und Veräußerungsgewinne) berücksichtigt. Bei Auslandsverwahrung der Anteilsscheine sind die Investmenterträge unter Berücksichtigung des anzuwendenden Teilfreistellungssatzes jedenfalls im Rahmen der Veranlagung zu erklären. Der Teilfreistellungssatz beträgt bei Privatanlegern 30 %, bei betrieblichen Anlegern (natürliche Person) 60 % und bei Körperschaften 80 %.*

## 6. Veräußerung

**Gewinne** und **Verluste** aus der Veräußerung, Rückgabe, Abtretung, Entnahme oder verdeckten Einlage von Investmentanteilen gehören nach § 16 Abs. 1 Nr 3 InvStG zu den **Investmentfondserträgen** und werden den Kapitaleinkünften (§ 20 Abs. 1 Nr. 3 EStG) zugeordnet. Die Veräußerung unterliegt dem Steuerabzug nach § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 9 EStG, wenn die Anteile auf einem Depot verwahrt wurden, das zum (deutschen) Steuerabzug verpflichtet ist. Dabei ist zu beachten, dass im Steuerabzugsverfahren generell – dh auch bei betrieblichen Anlegern - auf die Regelungen zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage für Privatanleger abzustellen ist und § 20 Abs. 4 EStG anzuwenden ist. Zudem finden die besonderen Besteuerungsregelungen nach § 20 Abs. 4a EStG für Kapitalmaßnahmen keine Anwendung. Ein steuerneutraler Anteilstausch ist daher nur unter den Voraussetzungen des § 23 InvStG möglich.

Bei betrieblichen Anlegern sind daher ergänzend die Besonderheiten der Einkünfteermittlung durch Betriebsvermögensvergleich oder Einnahmeüberschussrechnung zu berücksichtigen.

Um eine doppelte Besteuerung auszuschließen, werden die während der Besitzzeit angesetzten **Vorabpauschalen vom Veräußerungsgewinn abgezogen** . Dabei sind die Vorabpauschalen ungeachtet einer möglichen Teilfreistellung in **voller Höhe** zu berücksichtigen. Durch den Abzug der Vorabpauschalen kann es daher auch zu einem steuerwirksamen Verlust kommen. Eine Vorabpauschale mindert den Veräußerungsgewinn auch dann, wenn diese zwar angesetzt aber tatsächlich nicht besteuert wurde (zB es aufgrund des Sparer-Pauschbetrags zu keiner Besteuerung kam). Eine Vorabpauschale ist hingegen nicht steuermindernd zu berücksichtigen, wenn die Vorabpauschale nach § 16 Abs. 2 S. InvStG von der Besteuerung freigestellt ist. Außerdem ist keine Vorabpauschale für jene Zeiträume abzuziehen, in denen der Anleger nicht der unbeschränkten Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuerpflicht in Deutschland unterlag.

Bei bilanzierenden Anlegern ist der aktive Ausgleichsposten aus Vorabpauschalen im Zeitpunkt der Veräußerung des Investmentanteils gewinnmindernd aufzulösen. Bei betrieblichen Anlegern, die ihren Gewinn anhand einer Einnahmeüberschussrechnung ermitteln, ist der gebildete Merkposten im Zeitpunkt des Zuflusses des Veräußerungserlöses gewinnmindernd aufzulösen.

Bei Auslandsverwahrung sind die Gewinne/Verluste aus dem Verkauf von Investmentfondsanteilen im Rahmen der Veranlagung zu erklären. Eine steuermindernde Berücksichtigung von Vorabpauschalen setzt eine Nachweiserbringung durch den Anleger voraus, dass diese in den Veranlagungszeiträumen der Auslandsverwahrung steuerlich erfasst wurden oder dass die gesamten Kapitaleinkünfte in den betreffenden Veranlagungszeiträumen den Sparer-Pauschbetrag nicht überschritten haben.

Erfüllt ein Investmentfonds im Zeitpunkt der Veräußerung die Voraussetzungen für eine Teilfreistellung, dann ist diese auch auf den um die Vorabpauschalen gekürzten Gewinn oder Verlust anzuwenden. Nach § 20 Abs. 4 S. 7 EStG gelten die zuerst angeschafften Investmentanteile als zuerst veräußert (First In-First Out – FIFO). Daher bestimmt sich bei Privatanlegern die Höhe der Anschaffungskosten und auch die Höhe der abzuziehenden Vorabpauschalen nach der FIFO-Methode. Diese Methode wird auch beim Steuerabzugsverfahren (auch für betriebliche Anleger) angewandt. Im Veranlagungsverfahren können betriebliche Anleger die Höhe der Anschaffungskosten und die Höhe der zu berücksichtigenden Vorabpauschalen auch mit der Durchschnittsmethode ermitteln.

Das Veräußerungsergebnis entspricht somit grundsätzlich der Differenz zwischen dem adaptierten Verkaufserlös und den Anschaffungskosten der veräußerten bzw zurückgegebenen Fondsanteile.

*In den Veranlagungsjahren 2018 bis 2020 war keine Vorabpauschale zu berücksichtigen. Bei einer Veräußerung in 2020 sind daher nur die Anschaffungskosten vom Veräußerungserlös abzuziehen.*